

DieISERLOHNER verurteilen Hinterzimmerabsprachen und Wettbewerbsverzerrung

Mit großer Verwunderung haben DieISERLOHNER aus der Heimatzeitung erfahren, dass die Stadt Iserlohn dem Karstadt/Kaufhof-Konzern die Miete von über eine Millionen Euro jährlich erlassen möchte, in der vagen Hoffnung das Kaufhaus damit in Iserlohn erhalten zu können.

Völlig unabhängig davon, wie man inhaltlich zu dieser Entscheidung steht, stellt sich der Wählergemeinschaft die Frage, wer hat in unserer Stadt eigentlich das Recht, über das Verschwenken von Steuergeldern in dieser Größenordnung zu entscheiden? Die Befugnisse des Bürgermeisters wurden nach der Abfindungsaffäre zu Recht beschnitten und da ging es „nur“ um 250.000 Euro. Eine Entscheidung in der heutigen Größenordnung, nur auf Basis einer Absprache innerhalb eines nicht legitimierten Gremiums, der Fraktionsvorsitzendenrunde, zu treffen, ist in unseren Augen rechtlich mehr als heikel. Ist dieses Gremium tatsächlich befugt, die Verwaltung in Person von Martin Stolte bei der Verhandlung mit dem Konzern zu legitimieren, auf Mietzahlungen in Millionenhöhe zu verzichten? Aus diesem Grund werden DieISERLOHNER rechtliche Schritte zur Überprüfung prüfen, bevor evtl. erneut eine Veruntreuung im Raum steht.

„DieISERLOHNER treten zur Wahl an, um genau diese undurchsichtigen Hinterzimmerabsprachen, welche sich später nur über einen Fraktionszwang durch den Rat bringen lassen, in Zukunft zu verhindern“, betont der erste Vorsitzende Uwe Albert.

Darüber hinaus sehen DieISERLOHNER den Verzicht auf Miete aus mehreren Gründen als sehr bedenklich an. Zum einen handelt es sich hier um eine erhebliche Wettbewerbsverzerrung. Denn die vielen kleinen und mittelgroßen Einzelhändler bekommen diesen Mieterlass nicht. Im Gegenteil, sie müssen sehen, dass sie die Corona-Auswirkungen meistern und sich darüber hinaus noch gegen den stark wachsenden Online-Handel behaupten. Zum anderen fehlt dieser Betrag im Haushalt oder er muss durch Steuermittel gegenfinanziert werden. Jeder Steuerzahler in unserer Stadt muss sich daher fragen, ob er tatsächlich Steuern bezahlen möchte, um einen Großkonzern zu unterstützen, der sich schon seit mehr als einem Jahrzehnt in Schieflage befindet.

Natürlich stellt sich auch unweigerlich die Frage nach der Dauer einer solchen Lösung. Wie viele Jahre möchte die Stadt denn Karstadt die Immobilie mietfrei nutzen lassen? Was ist mit den millionenschweren Investitionen in das Gebäude, die in den nächsten Jahren zwangsläufig anstehen.

Aus Sicht der Wählergemeinschaft wird ein solcher Mietverzicht keinen langfristigen Einfluss auf die Standortentscheidung des Konzerns haben. Es kommt allenfalls zu einem Mitnahmeeffekt, an dessen Ende das Kaufhaus vermutlich schließen wird.

„Wir brauchen jetzt keine Schnellschüsse mehr, sondern ein schlüssiges Innenstadtkonzept vom Bahnhof bis zum Schillerplatz.“ erläutert Bürgermeisterkandidat Michael Joithe und ergänzt: „Dabei sind zwingend die Einzelhändler, die Werbegemeinschaft und die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen, um unsere Stadt attraktiv zu gestalten und die Aufenthaltsqualität nachhaltig zu optimieren.“

Uwe Albert und Michael Joithe
als Sprecher der Wählergemeinschaft DieISERLOHNER